

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 64 (1972)
Heft: 5

Artikel: Grenzen des Wachstums?
Autor: Umrath, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354555>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grenzen des Wachstums ?

Heinz Umrath

In seinem ersten ausführlichen Bericht über Umweltfragen (Problems of the Human Environment – E/4667, 26. Mai 1969) an den Wirtschafts- und Sozialrat wies der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen darauf hin, dass sich nach Jahrtausenden einer stabilen Bevölkerung die Einwohnerzahl der Erde seit Anfang des 17. Jahrhunderts von 500 Millionen auf 3500 Millionen erhöht hat. Dadurch wurden örtlich begrenzte Engpässe zu weltumfassenden Problemen, die nur durch gemeinsamen Einsatz aller Nationen gelöst werden können. «Wenn man bedenkt, dass sich die Weltbevölkerung in weniger als einem halben Jahrhundert noch einmal verdoppeln wird, dann zeigt sich, wieviel dringender aktives Eingreifen wird. Die Notwendigkeit, Nahrungsmittel, Wasser, Mineralien, Energie und andere Bedarfsgüter für diese wachsende Bevölkerung zu schaffen, wird praktisch auf alle Gebiete der Erde Druck ausüben und äusserst sorgfältige Planung und Bewirtschaftung der natürlichen Hilfsquellen erfordern... Es zeigt sich immer deutlicher, dass wir alle in einer Biosphäre leben, in der Raum und Hilfsquellen, so gross sie auch sein mögen, nicht unbegrenzt sind.» In dem Memorandum «Die Freien Gewerkschaften und der Schutz der menschlichen Umwelt», das dem Sekretariat der für Juni 1972 geplanten Uno-Konferenz über Umweltfragen vom IBFG unterbreitet wurde (veröffentlicht als Sondernummer der IBFG-Wirtschaftlichen und sozialen Uebersicht, August 1971, Brüssel), wird darauf hingewiesen, dass die rationelle Bewirtschaftung der natürlichen Hilfsquellen ebenso wie die Umweltprobleme menschlicher Siedlungen und am Arbeitsplatz schon sehr früh die Aufmerksamkeit der Arbeiterbewegung fanden. Es wurde darum auch bedauert, dass bei der Vorbereitung der Uno-Konferenz die vom Generalsekretär klar und überzeugend dargestellte Notwendigkeit einer sorgfältigen und planmässigen Bewirtschaftung der begrenzten natürlichen Hilfsquellen ebenso wie das entscheidende Bevölkerungsproblem auf ein Nebengeleise rangiert zu werden droht. Die Sachverständigen des vorbereitenden Ausschusses konzentrierten ihre Aufmerksamkeit mit wenigen Ausnahmen auf die nicht weniger ernsten Folgen der Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden, so dass in den Kreisen der «Nicht-Regierungsorganisationen», unter denen der IBFG eine massgebende Stellung einnimmt, festgestellt werden musste, dass durch diese einseitige Vorbereitung die Gelegenheit, fundamentale Probleme vor einem weltweiten Forum zu behandeln, versäumt wird.

Allerdings wird in dem soeben erschienenen, abschliessenden Bericht des Uno-Sekretariats zuhanden der Stockholmer Umweltkonfe-

renz auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die direkten Umweltfragen der Verschmutzung in unmittelbarem Zusammenhang mit ihren Ursachen, d. h. Bevölkerungsexplosion und unkontrollierter industrieller Expansion, zu lösen.

Um so auffallender ist es, dass auch unabhängig von den Vereinten Nationen Bestrebungen im Gange sind, um die Konsequenzen eines weiteren rapiden Bevölkerungswachstums und der damit und mit der Entwicklung der armen Länder verbundenen industriellen und landwirtschaftlichen Expansion in grossen Zügen zu berechnen und einen Plan eventuell notwendiger Massnahmen zu entwerfen. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen mehr und mehr zwei Studien, die gleichzeitig eine Zusammenfassung anderer, früher auf diesem Gebiet gemachter Untersuchungen enthalten: der sogenannte MIT-Rapport, den Dennis Meadows und seine Mitarbeiter am Massachusetts Institut for Technology unter den Titel «Limits of Growth» (Grenzen des Wachstums) zusammengestellt haben, und «A Blueprint for Survival» (ein Plan, um zu überleben) der englischen Zeitschrift «The Ecologist».

Das Ende der unbegrenzten Möglichkeiten

Im Gegensatz zu der optimistischen Tendenz, mit der vor noch nicht so langer Zeit der Harvard-Professor Galbraith von der «Gesellschaft des Ueberflusses» sprach, untermauern die Ergebnisse dieser Forschungen die These des Uno-Generalsekretärs, dass unser Raum und unsere Hilfsquellen nicht unbegrenzt sind, was bedeutet, dass die bisherige Tendenz eines übersteigerten Wachstums sowohl der Bevölkerung als auch der Produktion früher oder später ihre Grenzen finden muss. Wo diese Grenzen liegen, kann heute noch nicht eindeutig festgestellt werden, obwohl die genannten Studien hinsichtlich mancher unentbehrlicher Rohstoffe ausgesprochen pessimistisch sind. Dass es Grenzen gibt, folgt unwiderruflich aus der Begrenztheit gewisser natürlicher Faktoren. Neue Erfindungen und Entdeckungen können und werden Zeitgewinn verschaffen, aber es wäre verfehlt, allein darauf zu vertrauen, dass wir noch einmal davonkommen werden. Will man den «Schrecken ohne Ende» vermeiden, dann «muss sich der menschliche Erfindungsgeist nicht auf die Technik beschränken, er muss sich vielmehr auf neue politische und gesellschaftliche Organisationsformen richten». Diese Schlussfolgerung aus dem Memorandum der «Kommission Mansholt» der drei zusammen arbeitenden Oppositionsparteien in Holland findet auch bei den freien Gewerkschaften Widerhall: Sowohl der Internationale Wohnungsbau-Ausschuss als auch der Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss des IBFG haben die Notwendigkeit einer eingehenden Stellungnahme zu den anstehenden Fragen durch die freien Gewerkschaften unterstrichen, und der kommende Weltkongress des IBFG wird

sich an Hand eines entsprechenden Antrages des niederländischen Gewerkschaftsbundes NVV mit ihnen beschäftigen. Im Hinblick darauf könnte eine Zusammenfassung der wichtigsten Vorschläge der «Sechser-Kommission Mansholt» der holländischen demokratisch-sozialistischen Partei der Arbeit, der freisinnigen Demokraten '66 und der radikalen Partei eine zweckmässige Ergänzung des IBFG-IBBH-Memorandums zur Stockholmer Konferenz bilden. Hierbei soll abgesehen werden von einer Darstellung der politischen Organisation, die das kommende «Europa der 10» als Triebkraft sieht, da die soziale Struktur in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung zu sein scheint. Das Hauptanliegen des Dokumentes: die zunehmende Umweltverschmutzung und der drohende Mangel an gewissen Rohstoffen machen es wahrscheinlich, dass das Wachstum der Bevölkerung, der industriellen Produktion und des Verbrauchs abgebremst werden muss.

Die zu erwartende Verdoppelung der Weltbevölkerung im Laufe dieses Jahrhunderts bedeutet eigentlich schon wegen der Folgen für die Umwelt und im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung bereits eine Ueberschreitung der natürlich gegebenen Grenzen. Langsameres Wachstum und schliesslich Stabilisierung der Anzahl Bewohner sind gerechtfertigte Ziele, da es um die Zukunft der Welt geht. Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern ist auch hier dringend geboten. Dabei muss gegenseitig auf die veraltete Forderung des Verbotes der «Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten» verzichtet werden – ein Standpunkt, der in direktem Gegensatz zu einer noch kürzlich mit grosser Mehrheit der Entwicklungsländer in der Uno angenommenen Resolution zu finden ist.

Wachstum mit neuem Inhalt

Wirtschaftswachstum ist zum überwiegenden, ja fast ausschliesslichen Massstab des «Fortschritts» geworden – für Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbraucher und allzu oft beruhend auf individuellen Beschlüssen, die dem Gemeinschaftsinteresse im Wege stehen. Zwar wurde auch in der Vergangenheit in den Produktionsprozess eingegriffen, doch ist er noch zu selbständig, zu «heilig». Neue Aufgaben im Hinblick auf die Verteilung – national und international –, auf die Qualität unserer Existenz, ja dem Fortbestehen unserer Existenz, müssen zu erneutem Denken über unsere Wirtschaftsordnung führen.

Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion, die Dienstleistungen, Regierung und Verwaltung ebenso wie das Verhalten der Verbraucher dürften nicht lediglich wie in der Marktwirtschaft gemessen werden am Urteil der betroffenen Produzenten und Konsumenten, sondern auch an den externen Folgen: der Verschmutzung,

dem Rohstoff-Verbrauch und der Möglichkeit, um unerwünschte Folgen durch andere Produktionsverfahren zu ersetzen. Ueberall wo die Prüfung negativ ausfällt, können die Produktions-, Investitions- und Konsum-Entscheidungen nicht privaten Produzenten und Konsumenten überlassen werden, sondern müssen in die Hände von Organen gelegt werden, die die gesamte Gesellschaft vertreten.

Das Wirtschaftswachstum wird dadurch einen anderen Inhalt bekommen. Es wird weniger abhängig von individuellen Präferenzen; seine Berechnung wird nicht wie bisher auf Selbsttäuschung beruhen, wobei z. B. die Kosten der infolge Verschmutzung notwendig gewordener Kläranlagen stolz als Zunahme des Sozialproduktes verzeichnet wurden.

Beschäftigungspolitik

Für die Beschäftigungspolitik müssen neue Massstäbe entwickelt werden, da die Leistungsgesellschaft häufig ebenso wenig mit den Grundsätzen einer vermenschlichten Existenz wie mit rationeller Bewirtschaftung begrenzter Rohstoff- und Energiequellen vereinbar ist. Soweit es erwünscht und möglich ist, trotz Knappheit bestimmter Hilfsquellen den bisherigen Produktionsumfang zu halten oder sogar zu erhöhen, muss versucht werden, Kapital durch Arbeit zu ersetzen. Das führt natürlich zu erhöhtem Bedarf an Arbeitskräften. Andererseits wird in gewissen Sektoren der Ausstoss zurückgehen, wofür in kulturellen und Erziehungsbereichen Kompensation gefunden werden kann.

Einkommensverteilung

Stellt das Beschäftigungsproblem die Gewerkschaften wahrscheinlich vor ernste Probleme, so werden die Konsequenzen einer Umbeugung der Wachstumspolitik von zentraler Bedeutung werden. Die Sechser-Kommission sieht eine gerechtere Einkommensverteilung «an sich» als grundsätzliches Ziel, und zwar nicht nur im Sinne «gleicher Startbedingungen» und gleicher Mitbestimmung, sondern auch hinsichtlich gleicher Ansprüche auf einen Teil des Sozialprodukts.

Wenn darüber hinaus mit der Möglichkeit gerechnet werden muss, dass durch begrenzten Raum und begrenzte Hilfsquellen das materielle Wachstum gebremst wird, kann man niemanden mehr mit der Parole «warte nur ein Weilchen, bald kommst auch du an die Reihe» vertrösten. Und schliesslich verlangt eine solche Umbeugung die volle Mitarbeit aller. Wer aber kann diesen Einsatz von denen erwarten, die bisher immer mit den Brosamen abgespeist wurden? Eine deutliche Nivellierung der Einkommenspyramide zugunsten der untersten Einkommensgruppen ist daher unerlässlich.

Vermögen und Verfügungsgewalt

Ohne Umgestaltung der Vermögensverteilung ist auf die Dauer keine progressive Einkommenspolitik und keine Aenderung der Machtverhältnisse möglich. Umtausch von Aktien beherrschender Unternehmen (z. B. Banken) in Staats-Obligationen, Beteiligung durch gewerkschaftseigene Fonds in privaten Betrieben, Beschränkung und mitunter sogar Verbot von Gewinnausschüttungen gehören zu den Instrumenten, die zur Diskussion gestellt werden. Hierbei wird betont, dass derartige eingreifende Massnahmen im allgemeinen nicht auf ein Land beschränkt bleiben können; Koordinierung auf europäischer Ebene ist sowohl im Hinblick auf eine optimale Einkommensverteilung als auch für den Umfang und die Rangordnung der Investitionen notwendig.

Zentralisierung und Demokratisierung der Wirtschaft

In gemischten Wirtschaftssystemen der westlichen Industrieländer beruhte bisher die Beeinflussung von Produktionsentscheidungen, die durch private Unternehmen getroffen wurden, auf indirekten – meistens fiskalischen oder monetären – Massnahmen. Das Memorandum stellt dem gegenüber, dass ein derartiges Instrumentarium den grossen Problemen der kommenden Periode nicht mehr gewachsen ist. Die neuen Zielsetzungen hinsichtlich Wachstum, Verteilung, Umweltschutz, rationeller Gebrauch der vorhandenen Rohstoffe, Veränderung der internationalen Arbeitsteilung zugunsten der Entwicklungsländer und Demokratisierung der Machtverhältnisse erfordern einen viel grösseren Einfluss der öffentlichen Hand auf Produktion, Investitionen, Verteilung und Verbrauch. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen einer kleinen Gruppe von bürokratischen Technikern kaum weniger Fragen aufwirft, als die heutigen Machtzentren grosser Unternehmen.

In welchem Umfang Ueberführung wirtschaftlicher Tätigkeit in den öffentlichen Sektor zu empfehlen ist, bleibt eine Frage der Zweckmässigkeit – und wohl auch der Tradition. Wenn z. B. die Nationalisierung der Grossbanken und Basisindustrien vorgeschlagen wird, dann kann festgestellt werden, dass diese Massnahmen in Oesterreich bereits am Ende des Zweiten Weltkrieges getroffen wurden und dass in Italien sich das Kapital von 40 Prozent der Industrie (namentlich der Grossbetriebe) in den Händen staatlicher Holding-Gesellschaften befindet. Wesentlich erscheint daher die Forderung, dass die Investitionen, der Umfang und die Ausrichtung der Forschungstätigkeit, die Einführung neuer Produktionsmethoden und neuer Produkte auf die eine oder andere Weise zentral, d. h. mit

Rücksicht auf eine gesellschaftlich vertretbare und erwünschte Entwicklung gesteuert werden.

Die Durchführung zentraler und demokratisch zustande gekommener Leitsätze muss weitgehend dezentralisierten Organen übertragen werden. Hierzu gehören namentlich im Dienstleistungssektor auch private Unternehmen. Auf allen Ebenen muss nach neuen Instrumenten der Mitbestimmung gesucht werden, die für die Arbeits- und Wohnumgebung von besonderer Bedeutung sind. Gerade das Abwägen zwischen der notwendigen Planung von Wirtschaft und Gesellschaft und der ebenso notwendigen Mitbestimmung der Bürger bildet eine «gigantische Herausforderung», deren sich übrigens die Gewerkschaften schon lange bewusst sind.

Entwicklungs-Zusammenarbeit

Das Memorandum weist erneut darauf hin, dass die Gegensätze in Wohlstand und Macht zwischen Nord und Süd so gross sind, dass hier eine der wichtigsten Aufgaben einer progressiven Politik liegt. Das bedeutet u. a., dass die Welthandelsströme so ausgerichtet werden müssen, dass die Exporteinkommen der Entwicklungsländer wachsen können. Dadurch können einseitige, grossen Schwankungen unterworfenen Wirtschaftsstrukturen beseitigt werden, so dass eine bessere internationale Arbeitsteilung erreicht wird.

Gerade in diesem Zusammenhang stehen wir einigermaßen skeptisch einem zunächst bestechend erscheinenden Vorschlag zum Umweltschutz gegenüber. Die «Sechser-Kommission» fordert ein europäisches Mehrjahres-Programm auf der Basis umweltfreundlicher Produktionsmethoden und weitergehender Wiederverwendung von Abfällen. Dies soll durch Prämien, Steuervorteile und Einfuhrzölle gegenüber «verschmutzenden» Herstellern stimuliert werden.

Nun ist es deutlich und wird auch seit dem Beginn der Umwelt-Debatte vom IBFG gefordert, dass die Industrieländer ihre Massnahmen weitgehend koordinieren müssen. Geschieht das nicht, dann entsteht Arbeitslosigkeit gerade in den Gebieten, wo Mensch und Umwelt am besten geschützt werden. Wir wissen auch, dass multinationale Unternehmungen bereits heute Produktionsstätten von Standorten mit hohen Normen gegen Verschmutzung in Länder verlegen, wo die Vorschriften weniger streng und oft auch die Löhne niedriger sind. Gerade hier liegt ein Problem, das den gesamten Fragenkomplex für die Gewerkschaften so dringend macht. Der Zusammenhang mit der seit langem geforderten «Fair Labour Charter» ist deutlich; die Lösung dieser ernststen Fragen durch einen neuen Protektionismus heisst aber, das Pferd hinter den Wagen spannen und die Gegensätze zwischen Nord und Süd zu vergrössern, auch wenn man – wie im Memorandum vorgeschlagen – Länder mit

einem niedrigen Lebensstandard durch Vergrößerung der Wirtschaftshilfe entschädigen will.

Wertvoller Ausgangspunkt

Obwohl hier nur einige wesentliche Punkte des holländischen Dokuments zusammengefasst werden konnten, scheint es uns ein sehr wertvoller Beitrag zu der Diskussion über Umwelt- und Wachstumsfragen zu sein. Wichtig ist auch, dass kein romantisches «Zurück-zur-Natur» oder zu kleinen, selbstgenügsamen Gemeinschaften propagiert wird, wie man es in anderen Plänen antreffen kann. Für die Arbeiterbewegung waren eine bessere menschliche Umwelt und eine rationelle Bewirtschaftung unserer Hilfsquellen seit jeher Voraussetzungen einer gerechteren Gesellschaft. Daher stand sie dem Laissez-faire immer kritisch gegenüber, so dass sie eine sinnvolle Umbeugung des Wirtschaftswachstums nur begrüßen kann.

Bildungspolitische Grundsätze des DGB

Aus der «Quelle», der Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Aprilheft 1972, sind die folgenden Bildungsgrundsätze des DGB entnommen.

Grundsätze für die Reform des Bildungswesens:

1. Die Begabungen und Interessen von Jugendlichen und Erwachsenen aller Bevölkerungsschichten sind in allen Phasen eines integrierten Bildungssystems optimal zu fördern. Die Chancengleichheit der Geschlechter ist herzustellen.
2. Das Bildungsangebot muss durch Erziehung zur Kritikfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft den einzelnen zur Kontrolle und Mitbestimmung bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen befähigen. Es muss die individuelle Lebensgestaltung bereichern.
3. Der Gegensatz zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung ist sowohl in der Organisation als auch in den Lehrplänen der einzelnen Stufen und Zweige des Bildungswesens aufzuheben. Diese Zusammenfassung wird u. a. die geistige Beweglichkeit sichern, die Anpassung an berufliche Veränderungen ermöglicht.
4. Die Bildungsforschung ist auszubauen und zu fördern; ihre Ergebnisse sind für die Bildungsplanung besser zu nutzen und in eine gesellschaftspolitische Strukturplanung einzubeziehen.